

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 09.11.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
 Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
 Herr Bürgermeister Brenner,
 sehr geehrte Leonberger Bürgerinnen und Bürger,
 liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun liegt uns erstmals ein Haushalt nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht, der Doppik, vor. Neue Systematik, aber altbekannte Problematik – die durch künftige Berücksichtigung von Abschreibungen noch verschärft wird. Weder im kommenden Haushaltsjahr, schon gar nicht in den Folgejahren bis 2020, weist der Leonberger Stadthaushalt ein positives ordentliches Ergebnis auf. Der Haushaltsausgleich gelingt in der Regel nur mit regelmäßigem Verkauf städtischer Grundstücke. Seit Jahren prangern wir an, dass zu wenig auf Folgekosten bei Investitionsentscheidungen Rücksicht genommen wird, so dass sich das strukturelle Defizit weiter verschärft. Jedem ist klar, dass Ländereien nicht unendlich vermehrbar sind, dass sich Konjunktur und damit die Gewerbesteuererinnahmen wieder abschwächen können (die Verlagerung von Arbeitsplätzen unseres größten Arbeitgebers sind durchaus ein Warnschuss) und möglicherweise sorgt irgendwann ein sich normalisierendes Zinsniveau (darüber würden sich manche ja schon auch freuen) für ein Ansteigen der auf Rekordtief liegenden Zinsausgaben.

Unabhängig davon erneuert auch dieser Haushaltsplan den seit Jahren gewonnenen Eindruck: die Verwaltung sagt unbeeindruckt davon: „weiter so“!

Durchaus symptomatisch dafür ist die Entwicklung der **Personalkosten**. Keine Sorge – es ist uns klar, dass der massive Ausbau der Kinderbetreuung dort zu vielen Neueinstellungen geführt hat. Nun bekommen wir aber ein neues Rathaus, es werden mehrere Standorte zusammengeführt. Überall auf der Welt führt eine solche Zentralisierung zu Synergieeffekten – nur offensichtlich nicht bei der Stadtverwaltung Leonberg.

Für die SPD-Fraktion war dies jedoch ein gewichtiges Argument für einen Rathausbau in dieser Größenordnung.

Die Verwaltung will uns nun aber weismachen, dass – außer ein paar Botenfahrten, die wegfallen können – alles beim Alten bleibt! Im Gegenteil, die Personalkosten steigen von voraussichtlich 33,8 Mio. EUR in 2016 auf 35,3 Mio. EUR, also um rd. 4,4 %. Aus diesem Grund gibt es für uns auch für die geplanten Stellenmehrungen keine pauschale Zustimmung.

Wir haben sehr wohl Verständnis dafür, dass für die künftige „zentrale Buchungen aller Rechnungen und Belege in der Stadtkasse“ möglicherweise 2 Vollzeitstellen erforderlich sind. Allerdings gehen wir auch davon aus, dass die Stadt bisher schon ihre Rechnungen – möglicherweise nicht immer termingerecht – bezahlt hat. In so fern müssen doch Kapazitäten in anderen Ämtern frei werden.

→ Wir beantragen einen Sperrvermerk bei allen Stellenausweitungen anzubringen und diese einzeln in den jeweiligen Fachausschüssen zu diskutieren.

Die Verwaltungsphilosophie „weiter so“ ist ein gutes Stichwort und trifft auf die **Stadthalle** leider in besonderem Maße zu. Das jährliche Defizit würde lt. Plan auf rd. 930 TEUR – und damit binnen 5 Jahre um 1/3 – steigen, mit der geplanten Einstellung eines Geschäftsführers dann vermutlich im Folgejahr sogar auf über 1 Mio. EUR. Mehrheitlicher Konsens im

Gemeinderat – und das ist erst einige Monate her – ist aber, den Verlust zu begrenzen. 750 TEUR erscheinen eine realistische Größenordnung.

Vor diesem Hintergrund hatte der Gemeinderat beschlossen, einen sachkundigen Gutachter einzuschalten. Dessen Werk als Gefälligkeitsgutachten für den Auftraggeber zu bezeichnen ist noch stark untertrieben. Die vorgeschlagenen baulichen und technischen Maßnahmen, um die Stadthalle (und ggf. auch den Bürgerplatz) in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, sind für uns nachvollziehbar. Keine Lösung konnte der Gutachter allerdings für die Kernfrage präsentieren, für die er beauftragt wurde: wie gelingt es, das jährlich steigende Defizit wenigstens zu deckeln ?

Bei der Veranstaltung von Seminaren und Schulungsmaßnahmen ist die Stadthalle gut aufgestellt und erfreut sich reger Nachfrage. Wirtschaftlich problematisch erscheinen uns die eigeninitiierten Veranstaltungen, die mit einem potenziellen Verlustrisiko behaftet sind. Dieses durch die Akquisition von Spenden und Sponsorengelder in Höhe einer viertel Million EUR auszugleichen halten wir mit Verlaub schlichtweg für eine „Schnapsidee“ des Gutachters.

- **Wir beantragen daher, dass sich die Stadthalle auf die Seminarangebote und auf Veranstaltungen fremder Anbieter (die dann auch das Risiko übernehmen) konzentriert. Ziel ist, den jährlichen Abmangel bei ca. 750 TEUR zu begrenzen. Die Zusammenarbeit mit Gastronomie und naheliegenderem Hotel muss intensiviert werden.**

Das Fehlen von **bezahlbarem Wohnraum**, meine Damen und Herren, ist keineswegs ein Leonberger Phänomen. Unsere ganze Region stöhnt darüber. Quasi, „leiden auf wahrhaft hohem Preisniveau“. In einer Klausur hat der Gemeinderat hierzu Eckpunkte festgeklopft. Zudem stellt der Bund ab 2017 für 3 Jahre 1,5 Mrd. EUR per anno zur Verfügung. Zügig mit dem Bauen zu beginnen, heißt nun die Devise. Dabei macht die Durchmischung die Qualität eines Wohnviertels aus - von sozialem Wohnungsbau bis zu hochpreisigem Wohnraum.

- **Wir erwarten, dass die Verwaltung noch im 1. Quartal 2017 Planungen für ein erstes Wohnquartier (Berliner Str.) vorstellt, incl. aller relevanten Förderprogramme.**

Bereits im Vorjahr hatten wir die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes beantragt. Dazu gehört natürlich auch eine Standortprüfung der Naturdenkmäler auf Leonberger Markung. Dies gilt nicht nur für Wohn-, sondern auch für **Gewerbeflächen**. Für das Gewerbegebiet „Leo West“ zeichnet sich eine erfreuliche Nachfrage zur Ansiedelung interessanter Unternehmen ab. Schon längst wissen wir, dass dieses Gebiet zu klein ist, um die Nachfrage in den nächsten Jahren auch abzudecken. Die geplanten Arrondierungen in Gebersheim und Höfingen sind nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

- **Wir bitten die Verwaltung aufzuzeigen, wo ein weiteres Gewerbegebiet in der Kernstadt oder in Teilorten ausgewiesen werden kann.**

2016 war ein Jahr, in dem Leonberg häufig auch in überregionalen Medien präsent war. Getreu der Marketingphilosophie: „Lieber negative Werbung als gar keine“. Uns ist schon klar, die **Verkehrsproblematik** im Mittleren Neckarraum kann nur in deutlichen größeren Zusammenhängen gelöst werden. Was tut da eigentlich die Region ? Aber was können auch wir – zumindest in kleinen Schritten – vor Ort tun ? Das Experiment „Altstadtlinie“ ist leider gescheitert. 2018 wird jedoch die Buslinie 94, die einzige die Leonberg nicht verlässt, in die städtische Regie übergehen. Hier muss eine optimierte auf

Leonberg zugeschnittene Strategie entwickelt werden. (u.a. eine Verlängerung ins Haldengebiet).

- ➔ **Wir bitten die Verwaltung, uns ein Konzept für die Buslinie 94 so rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzustellen, damit eine Integration in den Busfahrplan 2018 erfolgen kann.**

Daneben haben wir eine Reihe von Anregungen für die Schaffung oder Verbesserung von **Fußgängerverbindungen**. Die konkreten Anträge sind am Ende unserer kommunalpolitischen Erklärung beigefügt.

Aber es gibt auch gute Nachrichten im Haushaltsplan. So bringt uns die Umstellung auf LED bei der Straßenbeleuchtung 6stellige Einsparungen jedes Jahr und trägt noch zum Klimaschutz bei.

Wir begrüßen auch den Einstieg der Stadtwerke in die **Fernwärmeversorgung**, wenngleich es dazu der Mithilfe eines „befreundeten Unternehmens“ bedurfte. Hier sehen wir einen Ansatz zur weiteren Intensivierung (beispielsweise im Zuge der Entwicklung des Postareals). Auch die intensivere Versorgung städtischer Gebäude mit eigenem Strom aus unseren eigenen Blockheizkraftwerken - damit der Verzicht auf „teureren Strom von außen“ - führt zu Kosteneinsparungen.

- ➔ **Wir bitten die Verwaltung zu untersuchen, wie die Eigenstromversorgung städtischer Gebäude aus den städtischen Blockheizkraftwerken erhöht werden kann.**

Wir begrüßen sehr, dass für die Renovierung und Attraktiverung des **Leo-Bades** bis 2020 in der Summe 10 Mio. EUR im Haushaltsplan bzw. in dessen Fortschreibung eingestellt sind. Aus unserer Sicht stellen sich hierbei 4 Herausforderungen:

- Finanzieren,
- Folgekosten senken,
- Attraktivität mindestens erhalten,
- den Sommer 2018 überbrücken.

Die SPD Fraktion bittet Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang erneut, unseren Antrag, den wir bereits 2014 gestellt haben, wenigstens einer Prüfung zu unterziehen:

- ➔ **Erstellung eines Bebauungsplanes für den nördlichen Teil der Liegewiese (FKK-Areal) des Leo Bades. Die möglichen Grundstückserlöse werden zur teilweisen Refinanzierung der Investitionskosten verwendet.**

Ebenso beantragen wir zum wiederholten Male:

- ➔ **Anschaffung einer Abdeckung für das 50-Meter-Becken, um den seit Jahren unverantwortlichen und unnötigen zusätzlichen Energieverbrauch nachts zu verringern.**
- ➔ **Definition von (baulichen) Maßnahmen, um insbesondere bei schlechter Witterung den Personaleinsatz zu reduzieren.**

Unser Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss doch sein, die Attraktivität eines Erlebnisbades zu erhalten, und das ist bei einem Schwimmbad nun mal in allererster Linie die Wasserfläche ! Die Liegewiese um diesen wirklich entbehrlichen Teil zu reduzieren hat dagegen verschwindend geringe Auswirkungen. Auch diese Maßnahme würde zudem die

Folgekosten in gewissem Umfang reduzieren, insbesondere wäre es aber ein nennenswerter Beitrag zur Refinanzierung der 10 Mio.

Wenn es denn so sein muss, dass das Leo-Bad im Sommer 2018 geschlossen bleibt - und vorsorglich, nicht dass jemand auf die Idee kommt, auch das Hallenbad im Sommer 2018 wochenlang zu schließen:

Ziel muss dann sein, das Hallenbad – unter Nutzung der zugehörigen Freiflächen und mit angemessenem Aufwand – so zu optimieren, dass für die Leonberger Bevölkerung eine akzeptable Interimslösung anstelle des geschlossenen Leo-Bades entsteht.

- ➔ **Wir bitten um Vorlage eines Konzeptes für das Hallenbad zur Überbrückung der Sommerbadesaison 2018. Möglicherweise kann daraus auch eine dauerhafte Optimierung der Aufenthaltsqualität im Hallenbad in (warmen) „Übergangszeiten“ im Frühjahr und Herbst entwickelt werden.**
- ➔ **Wir bitten darum, mit dem Höfinger Bädle e.V. in diesem Zusammenhang über eine Kooperation zu verhandeln**

Bei einer möglichen Bebauung des Areals Berliner Str. entfällt wohl die in die Jahre gekommene jetzige **Skateanlage**. Im Rahmen des von der Verwaltung initiierten Jugendforums gibt es eine Gruppe von Jugendlichen und Jungen Erwachsenen, die sich aktiv eingebracht haben. Es ist unsere Pflicht, - wenn die Initiative von der Stadt schon angeschoben wurde – mit Maß und Ziel auch Möglichkeiten der Realisierung anzubieten.

- ➔ **Wir bitten um eine Beschlussvorlage, die ein Konzept für eine Aufenthaltsfläche im Stadtpark und eine Lösung als Ersatz für die Skateanlage unter Einbindung der Jugendlichen beinhaltet.**

Sport – das haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, von uns an dieser Stelle schon mehrfach gehört – ist ein gewichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die **kommunale Sportpolitik** steht heute angesichts veränderter Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung, des demographischen Wandels und den Veränderungen in den Bildungssystemen (z.B. Ganztageschule, Bewegungsförderung im Vorschulalter, Kooperationen „Schule / Verein“ und „Kindergarten / Verein“ – bei der Stadt Stuttgart heißt das „Kitafit“) vor großen Herausforderungen. Unsere Sportvereine sind zwar anpassungsfähige Stabilitätselemente, den demographischen Wandel und das geänderte Freizeitverhalten können Sie aber nicht alleine schultern. Es fehlt gerade auch an zeitgemäßer Logistik (wie Hallen – und Raumkapazitäten).

Die SPD-Fraktion forderte – wie Sie wissen – schon mehrmals eine strategische Sportentwicklungsplanung ein. Leider war das Interesse bei Verwaltungsspitze und der Mehrheit des Gemeinderats nicht sehr ausgeprägt.

Bekanntlich entscheiden die stimmberechtigten Vereinsmitglieder von TSG Leonberg und TSV Eltingen morgen über eine Fusion. Vergleichbar mit der Situation in vielen unserer Schulen und Kindergärten, so leiden auch die Immobilien der beiden Vereine unter einem erheblichen Investitionsstau (man spricht von rd. 5 Mio. EUR).

Mit dem Bau eines zukunftsfähigen Vereinszentrums auf dem Areal des TSV Eltingen kann dieser Mangel behoben werden. Vereinszentren dieser Art sind in Baden-Württemberg übrigens ein Erfolgsmodell.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, ein solcher Verein betreut dann nahezu 2.000 Kinder und Jugendliche., Die Wertschöpfung für die Stadt Leonberg liegt bei weit über 1 Mio. EUR jährlich. Die Förderung von Sport, Bewegung und Gesundheit ist eine kommunale Querschnittsaufgabe. Eine Schlagzeile im Stuttgarter Teil der LKZ lautete letzte Woche: „Jedes 4. Kind hat motorische Defizite“.

Wir bewundern den Mut der Vorstände beider Vereine, die Fusion ohne jegliche kommunale Unterstützung voranzutreiben. Im Übrigen halten wir es für ziemlich unverfroren seitens der Verwaltung, 2,58 Mio. EUR für den Erwerb des TSG-Geländes einzustellen. In den Jahren bis 2020 finden wir dann aber keinen einzigen Cent im Haushaltsplan zur Unterstützung beim Bau dieses Vereinszentrums. Die Vorstände beider Vereine wären aus unserer Sicht schlecht beraten, sich so über den Tisch ziehen zu lassen. Blumige Worte aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters helfen nicht weiter ! Auch der Gemeinderat muss endlich Farbe bekennen.

→ Gelingt die Verschmelzung beider Vereine, dann beantragen wir, dass die Verwaltung noch vor der Sommerpause 2017 dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet, in welchem Umfang die Stadt Leonberg das geplante neue Vereinszentrum unterstützen wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unser Ziel in Leonberg muss in den nächsten Jahren sein, die künftigen Haushalte ohne Vermögensveräußerungen und auf Dauer auch ohne Nettokreditaufnahme in den Griff zu bekommen. Bei Baumaßnahmen in einem Volumen von 60 Mio. EUR (von 2017 – 2019) ist dies höchst ambitioniert. Wir müssen genau abwägen, ob jede dieser Investitionen tatsächlich notwendig ist.

Etwas „Luft“ im Vergleich zur bisherigen Planung bekommen wir durch eine vermutlich geringer ausfallende Kreisumlage (1 % = 650 TEUR), durch möglicherweise etwas höhere Gewerbesteuererinnahmen und durch hoffentlich niedrigere Personalkosten. Um es mit *Rainer-Maria Rilke* zu sagen: *„Dass etwas schwer ist, muss ein Grund mehr sein, es zu tun“.*

Wir müssen in diesem Gremium sicher nicht immer einer Meinung sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber unter finanziellen Aspekten müssen wir konsequent an einem Strang ziehen und dabei auch Prioritäten setzen.

Abschließend darf ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Spitze der Verwaltung, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort für die Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich bedanken. Ich danke auch allen, die mir heute Abend bei der Kommunalpolitischen Erklärung zugehört haben.

Ottmar Pfitzenmaier
für die SPD-Fraktion
im Leonberger Gemeinderat

Hinweis an die Verwaltung: Anträge der SPD Fraktion sind fett gedruckt.

Weitere Anträge der SPD-Fraktion:

- **Wir beantragen, folgende Fußwegeverbindungen zu schaffen:**
 - **Wegeverbindung bzw. Treppe beim Edith-Stein-Haus über die Böschung zur Neuen Ramtelstr. mit Anbindung an die Wohnanlage der Lebenshilfe / Aldi**
 - **einen befestigten Abgang von der begrünten Engelbergtrasse zum Brombeerweg und zur KZ-Gedenkstätte am alten Engelbergtunnel**

- **Verbesserung der Beleuchtung**
 - **entlang des Schülercafes und des Sportplatzes der August-Lämmle-Schule**
 - **auf der alten Autobahntrasse: Verbindung vom Adolf-Kolping-Weg zum Rübezahweg (Schulweg aus den umliegenden Wohngebieten)**
 - **regelmäßiger Austausch der defekten Leuchten im Stadtpark**

- **Der Trimm-Pfad am Waldfriedhof verwaht zunehmend. Es muss sichergestellt werden, dass zumindest die Wege gefahrlos zu belaufen sind.**

- **Wir wiederholen unseren Antrag aus dem Vorjahr: „der motorisierte Durchgangsverkehr nimmt im Höfinger Täle erkennbar zu. Wir beantragen die Umsetzung geeigneter Maßnahmen, um dies in Zukunft zu verhindern“. Der Verwaltung liegt hierzu ein Schreiben des NaBu und der Anwohner vor.**

- **Wir beantragen, nur die „kranken“ Schwarznussbäume im Ezach zu fällen und durch Neupflanzung geeigneterer Bäumen zu ersetzen. 40 TEUR sind angesichts der Haushaltslage und der vielen Menschen, die sich für den Erhalt der Schattenspende einsetzen, nicht angebracht.**

- **Im Vorfeld der Fortschreibung des FNPs beantragen wir eine Bestandsaufnahme und Standortprüfung der Naturdenkmäler auf Leonberger Markung**